

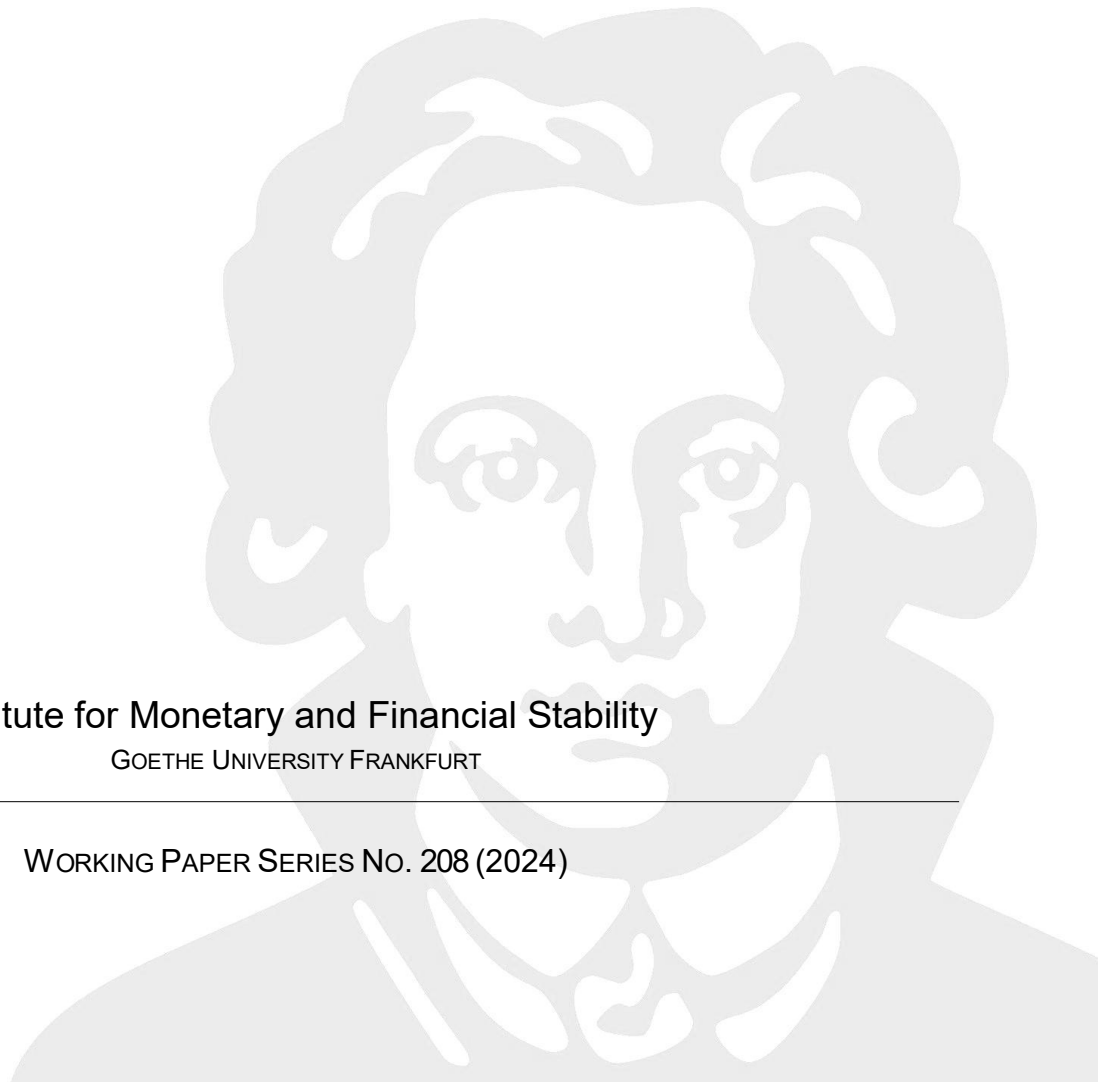


REIMUND MINK

Helmut Schlesinger:
Wegbereiter und Garant der deutschen
Geld- und Stabilitätspolitik wird 100

Institute for Monetary and Financial Stability
GOETHE UNIVERSITY FRANKFURT

WORKING PAPER SERIES No. 208 (2024)



This Working Paper is issued under the auspices of the Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS). Any opinions expressed here are those of the author(s) and not those of the IMFS. Research disseminated by the IMFS may include views on policy, but the IMFS itself takes no institutional policy positions.

The IMFS aims at raising public awareness of the importance of monetary and financial stability. Its main objective is the implementation of the “Project Monetary and Financial Stability” that is supported by the Foundation of Monetary and Financial Stability. The foundation was established on January 1, 2002 by federal law. Its endowment funds come from the sale of 1 DM gold coins in 2001 issued at the occasion of the euro cash introduction in memory of the D-Mark.

The IMFS Working Papers often represent preliminary or incomplete work, circulated to encourage discussion and comment. Citation and use of such a paper should take account of its provisional character.

Institute for Monetary and Financial Stability

Goethe University Frankfurt

House of Finance

Theodor-W.-Adorno-Platz 3

D-60629 Frankfurt am Main

www.imfs-frankfurt.de | info@imfs-frankfurt.de

HELMUT SCHLESINGER:
WEGBEREITER UND GARANT DER DEUTSCHEN
GELD- UND STABILITÄTSPOLITIK WIRD 100

Reimund Mink

Deutsche Bundesbank und Europäische Zentralbank
(ehemals)
Im Trollinger 6
D-65760 Eschborn
reimund.mink@gmail.com

Kategorien:

**Zentralbanken, Bundesbank, Notenbankpolitik, Preisstabilität,
Finanzmärkte und Finanzinstitute**

JEL: E58 und N2.

Inhaltsverzeichnis

<i>Zusammenfassung</i>	3
<i>Executive Summary (Abstract)</i>	3
<i>Einleitung</i>	5
<i>Sein Lebenswerk</i>	7
<i>Ökonomisches Denken: Analyse und Statistik als Synthese</i>	15
<i>Stabilitätskultur schaffen und bewahren</i>	19
<i>Ordnungspolitisches Credo: „Halte dein Haus in Ordnung“</i>	23
<i>Bedingungen für eine erfolgreiche Europäische Wirtschafts- und Währungsunion</i>	27
<i>Umstrittene Geldpolitik – ein Memorandum</i>	30
<i>Einige Schlussbemerkungen</i>	32
<i>Literatur</i>	35

Zusammenfassung

Am 4. September 2024 vollendet Professor Dr. Helmut Schlesinger sein 100. Lebensjahr. Von 1991 bis 1993 bekleidete er das Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbank. Zuvor war er in verschiedenen Positionen für die Bank tätig, unter anderem als langjähriger Vizepräsident (von 1980 bis 1991) sowie als Leiter der Hauptabteilung Volkswirtschaft und Statistik. Das bevorstehende Jubiläum bietet Anlass, das Lebenswerk des Jubilars zu beschreiben und zu würdigen. Für uns ehemalige Mitarbeiter war Helmut Schlesinger ein großes Vorbild und eine Quelle des Ansporns in vielerlei Hinsicht. Insbesondere vier Bereiche seiner Tätigkeiten haben unsere eigene Arbeit maßgeblich geprägt: Erstens seine Fähigkeit, ökonomisches Denken als eine Synthese aus Analyse und Statistik zu begreifen, zu vermitteln und zu organisieren, zweitens sein Verdienst, eine Stabilitätskultur in leitenden Positionen mitgeschaffen und bewahrt zu haben, drittens sein ordnungspolitisches Credo zur Preisstabilität und zur Unabhängigkeit der Zentralbank sowie viertens seine klaren Vorstellungen zu den Bedingungen einer erfolgreichen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Im Folgenden soll ein Überblick über die vier Schwerpunkte seiner Schaffensbilanz gegeben werden. In diesem Kontext ist insbesondere Schlesingers entscheidende Rolle bei der Schaffung der deutsch-deutschen Währungsunion 1990 sowie beim langjährigen Entstehungsprozess des Eurosystems und der Europäischen Zentralbank hervorzuheben. In der deutschen Bevölkerung, aber auch international hoch geachtet, wurde Helmut Schlesinger oft als die "Seele der Bundesbank" bezeichnet. Die Anforderungen, die er an jeden Einzelnen stellte, waren hoch. Er wurde von den Mitarbeitern sehr geschätzt, nicht zuletzt aufgrund seines großen Arbeitsethos und seiner unermüdlichen Schaffenskraft, die von Beständigkeit, Gradlinigkeit und Prinzipientreue geprägt waren.

Executive Summary (Abstract)

Professor Dr. Helmut Schlesinger will be 100 years old on 4 September 2024. He was President of the Deutsche Bundesbank from 1991 to 1993 and held various positions at the bank before that, including long-serving Vice President (from 1980 to 1991) and Head of the Economics and Statistics Department. The forthcoming anniversary is an occasion to describe and pay tribute to his life's work. For us former employees, Helmut Schlesinger was a great role model and source of motivation in many respects. We were particularly impressed by four areas of his work: his ability to understand, communicate and organize economic thinking as a synthesis of analysis and statistics, his contribution to creating and maintaining a culture of stability in central positions,

his regulatory credo on price stability and central bank independence, and his clear ideas on the conditions for a successful European Economic and Monetary Union.

This article will address these four main areas of his work. Schlesinger played a pivotal role in the creation of the German-German monetary union in 1990 and in the long process of establishing the Eurosystem and the European Central Bank. Helmut Schlesinger was highly respected by the German population and internationally. He was often referred to as the "soul of the Bundesbank." He demanded a lot from everyone. He was held in high esteem by us employees because of his great work ethic and his tireless creativity, which was characterized by consistency, straightforwardness, and adherence to principles.

Einleitung¹

Professor Dr. Helmut Schlesinger bekleidete von 1991 bis 1993 das Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbank. Zuvor war er in verschiedenen Funktionen innerhalb der Bank tätig, unter anderem als langjähriger Vizepräsident (1980–1991) sowie Leiter der Hauptabteilung Volkswirtschaft und Statistik. Vor seinem Engagement bei der Deutschen Bundesbank war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München tätig. Er spielte eine entscheidende Rolle bei der Schaffung der deutsch-deutschen Währungsunion im Jahr 1990 sowie beim langjährigen Entstehungsprozess des Eurosystems und der Europäischen Zentralbank.

Wer den Versuch unternimmt, in knappen Worten Helmut Schlesingers Lebenswerk zusammenzufassen, muss sich des Scheiterns oder des Stückwerks seines Tuns bewusst sein, zumal Persönlichkeit und Werk insbesondere in diesem Fall untrennbar miteinander verbunden sind und die lange Schaffenszeit dieses Notenbankers eine so prägende Kraft gewesen ist - im Innern der Bank wie auch nach außen.

Am 4. September 2024 wird Helmut Schlesinger 100 Jahre alt. Für uns ehemalige Mitarbeiter war Helmut Schlesinger ein großes Vorbild und Quelle des Ansporns in vielerlei Hinsicht: Vier Bereiche seiner Tätigkeiten haben uns besonders geprägt: Seine Fähigkeit, ökonomisches Denken als eine Synthese aus Analyse und Statistik zu begreifen, zu vermitteln und zu organisieren, sein Verdienst, eine Stabilitätskultur auf zentralen Positionen in der Bank mitgeschaffen und bewahrt zu haben, sein ordnungspolitisches Credo zur Preisstabilität und zur Unabhängigkeit der Zentralbank sowie seine klaren Vorstellungen zu den Bedingungen einer erfolgreichen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Alles begann mit der Statistik – oder präziser gesagt - mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. „Allmählich spricht es sich herum, dass man das Ganze nicht für Planungszwecke, sondern für Beobachtungen und Analysen benutzen soll. Unter Wirtschaftsminister Karl Schiller mit der Globalsteuerung gibt es spürbaren Aufwind. Im Jahr 1968 wird der erste Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vorgestellt. Dazu gehören die Projektionen, die im Arbeitskreis „Gesamtwirtschaftliche Voraus-schätzung“ unter der Leitung von Dr. Gerhard Fürst (Statistisches Bundesamt) besprochen werden. Meistens gibt es harte Diskussionen zwischen den Mitgliedern aus dem

¹ Ich möchte mich bei den Mitgliedern des Aktionskreises Stabiles Geld, insbesondere bei Thomas Jost, Stefan Schäfer, Franz Seitz, Karl-Heinz Tödter und Gerhard Ziebarth für wertvolle Anregungen und Kommentare bedanken. Vielen Dank auch an Martin Reibe, Historisches Archiv der Deutschen Bundesbank, für die Bereitstellung unterschiedlicher Dokumente.

Wirtschaftsministerium, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und aus der Bundesbank. In der Bundesbank hat sich Dr. Schlesinger sehr früh mit dem Instrument der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angefreundet“. So beschreibt Hildegard Bartels, ehemalige Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, in einem Interview aus dem Jahr 1992 die Situation in den Nachkriegsjahren.²

Durch den Krieg waren die meisten statistischen Unterlagen aus der Vorkriegszeit und den Kriegsjahren verloren gegangen. Eine kontinuierliche Fortsetzung der Arbeit war nicht möglich. Der Neuaufbau einer statistischen Datenbasis brauchte viel Zeit, Weitsicht und Sachverstand. Neue, für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erwünschte und benötigte Statistiken konnten erst nach vielen Anlaufschwierigkeiten erhoben werden und lagen teilweise erst Anfang der 1950er Jahre vor. Dementsprechend bestanden die ersten Versuche, Gesamtrechnungsdaten für die Nachkriegsjahre zu erstellen, darin, die Zahlen der Vorkriegsjahre zu extrapolieren, wobei Anpassungen entsprechend des Wirtschaftsgebiets Bundesrepublik Deutschland vorzunehmen waren.

Im Einzelnen hat das Statistische Bundesamt den schwierigen Anfang in dem Beitrag von Gerhard Fürst und Hildegard Bartels zur ersten Konferenz der International Association for Research of Income and Wealth (IARIW) im Jahr 1949 in Cambridge anschaulich beschrieben.³ Dort bekamen die deutschen Teilnehmer auch erste Eindrücke von der internationalen Diskussion über Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, insbesondere von den konzeptionellen Vorschlägen des britischen Ökonomen Richard Stone zur Einführung eines Kontensystems zur systematischen und periodischen Erfassung des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs der Entstehung, Verwendung und Verteilung des Volkseinkommens. Es erstaunt, dass Helmut Schlesinger im Alter von 36 Jahren als noch junger Mitarbeiter der Bundesbank schon bei der siebten Konferenz dieser internationalen Gesellschaft mit dabei war. Sie fand vom 3. bis zum 10. August 1961 in Tutzing am Starnberger See statt, ganz in der Nähe seiner bayerischen Heimat.

² Bartels (1992).

³ Fürst und Bartels (1949).

*„Inflation ist in den meisten Fällen
eine subtile Form der entschädigungslosen Enteignung derjenigen,
die Geldvermögen besitzen“.*

Helmut Schlesinger

Sein Lebenswerk

Helmut Schlesinger wird am 4. September 1924 in Penzberg in Oberbayern geboren. Nach seiner Schulausbildung und drei Jahren im Wehrdienst beginnt er im Jahr 1946 ein wirtschaftswissenschaftliches Studium an der Ludwig-Maximilians-Universität München, das er im Jahr 1948 als Diplom-Volkswirt abschließt. Während seiner beruflichen Tätigkeit als Referent für Öffentliche Finanzen beim ifo-Institut für Wirtschaftsforschung promoviert er im Jahr 1951 mit einer Dissertation zur „Wirtschaftlichkeitskontrolle in der öffentlichen Verwaltung“ zum Doktor rer. pol.



Foto: Deutsche Bundesbank

Seine berufliche Karriere setzt er im Jahr 1952 bei der damaligen Bank deutscher Länder fort. Es ist das Jahr, in dem die Bundesrepublik Deutschland Mitglied des IWF und der Weltbank wird. Bereits mit 30 Jahren wird Helmut Schlesinger Referent. Sein Interesse gilt dem Aufbau einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik. Es ist die Zeit des Neuanfangs. Gesamtwirtschaftliche Daten gibt es nur wenige. Da aber die Statistik in vielen Bereichen neu konzipiert werden muss, besteht die Chance, auch neue Wege zu gehen. Dabei ist die große Hilfsbereitschaft vieler internationaler Experten von großem Nutzen.

Eine weitere Stufe auf seiner Karriereleiter erreicht Helmut Schlesinger im Jahr 1956, als er in der Hauptabteilung Volkswirtschaft und Statistik Abteilungsleiter für den Bereich Konjunkturanalysen und Vorausschätzungen wird. Als Eduard Wolf, sein Vorgesetzter, im Jahr 1964 überraschend stirbt, übernimmt Helmut Schlesinger mit 39 Jahren die Leitung von Volkswirtschaft und Statistik, der wichtigsten Hauptabteilung der im Jahr 1957 gegründeten Deutschen Bundesbank. Er übernimmt damit Verantwortung für geld- und realwirtschaftliche Analysen. Bei der Geldpolitik liegt der Fokus auf der Analyse von Zentralbankgeldmenge und Geldmenge. Auch die Erstellung der Mo-

natsberichte sowie des allgemeinen Teils des Geschäftsberichts liegt in seinem Aufgabenbereich. Zudem vertritt er die Bundesbank in nationalen und internationalen Gremien. Rückblickend stellt er fest: „Ich fand das sehr schwierig. Ich dachte, ich könnte nicht so gut schreiben wie Wolf. Ich musste mich durchkämpfen.“ Ein ungewohntes Eingeständnis von Unbehagen eines Mannes, der normalerweise nicht für Selbstzweifel bekannt ist.⁴

Wenige Jahre danach, und zwar am 10. Mai 1967, wird das Gesetz „zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (kurz „Stabilitätsgesetz“) durch den Deutschen Bundestag verabschiedet. Damit scheint das goldene Zeitalter der konjunkturellen Harmonie eingeläutet worden zu sein. Oberstes Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik ist die Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, wobei die im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung zu treffenden Maßnahmen gleichzeitig für ein stabiles Preisniveau, einen hohen Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum zu sorgen haben. Das „magische Viereck“ ist damit geboren, zum wirtschaftspolitischen Zielkatalog erhoben und in einem eigenen Gesetz mit hoher Bindungskraft verankert. Mit den vorgesehenen Instrumenten der „Globalsteuerung“ soll über eine Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate die wirtschaftliche Aktivität gesteuert und gleichzeitig, so der damalige hohe Anspruch, der Freiburger Imperativ mit der Keynesianischen Botschaft versöhnt werden.⁵

Aber trotz eines kräftig wachsenden Staatsanteils am BIP – als Folge zum einen der sozialpolitischen Reformen sowie zum anderen des konjunkturpolitischen Auftrags an den Staat – sind die hochgesteckten Versprechungen des Stabilitätsgesetzes unerfüllt geblieben. Bis zu einem gewissen Grad kann sich die Bundesrepublik von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland abkoppeln. Das liegt wesentlich am Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse. Der US-Dollar gerät aufgrund einer stark expansiven Wirtschaftspolitik, einer hohen Inflationsrate bei zugleich hohen strukturellen Leistungsbilanzdefiziten Anfang der 1970er Jahre immer stärker unter Druck. Die Goldkonvertibilität des US-Dollar wird von der Nixon-Administration einseitig aufgekündigt. Massive Stützungskäufe der Bundesbank an den Devisenmärkten zeigen keine Wirkung. Dann endlich kommt es zum Befreiungsschlag, und die Bundesregierung beschließt im Mai 1971 die Freigabe des DM-Wechselkurses.⁶ Es fließt aber

⁴ Marsh (1992).

⁵ Bombach (1976).

⁶ Irmiler (1989).

weiter spekulatives Kapital in die Bundesrepublik. Im Februar 1973 verabschiedet die Bundesregierung ein Stabilitätsprogramm zur Dämpfung der Konjunktur und Begrenzung der Inflation. Im Jahr 1973 wird das Bretton-Woods-System endgültig außer Kraft gesetzt. Gleichwohl fällt die Arbeitslosigkeit nach 1975 praktisch nicht mehr unter den hohen Stand von einer Million. Die unter dem Titel „Zukunftsinvestitionsprogramm“ ausgeschütteten Milliardenbeträge der öffentlichen Hand verpuffen wie der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein.

Das Stabilitätsgesetz berührte formal nicht die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank und ihr vorrangiges Ziel der Preisstabilität. Gleichwohl kam es auch dadurch und genährt von der Vorstellung der Machbarkeit der Makrosteuerung durch das Konzept der Globalsteuerung und eines interventionistischen Policy Mix in der Folgezeit durch die Politik und Teile der Wissenschaft zu vermehrtem Druck auf die Bundesbank, dem sie vor allem durch die Person und dem Einfluss von Helmut Schlesinger widerstehen konnte. Helmut Schlesinger erlebt diese Jahre seit 1972 als Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank und als ihr Chefvolkswirt. Es ist die Zeit des Kurswechsels in der Geldpolitik.⁷ Im Dezember 1974 geht die Bundesbank als eine der ersten Zentralbanken im Rahmen eines pragmatisch gefärbten Monetarismus dazu über, ein Geldmengenziel festzulegen und öffentlich anzukündigen.⁸ Gedacht ist es von Anfang an als monetäres Zwischenziel, während nach offizieller Lesart die endgültigen Ziele der Geldpolitik dem magischen Viereck entsprechen, wobei die Bundesbank gesetzlich verpflichtet ist, der Stabilität des Preisniveaus einen Vorrang einzuräumen.⁹

Gegenüber den früheren Zielsetzungen ist dies eine deutlich transparentere und stringentere Vorgehensweise. Denn in den 1950er Jahren verfolgt sie zunächst in Übereinstimmung mit der vorherrschenden Meinung eine Politik, mehrere Ziele zu verfolgen, ohne klar erkennen zu geben, dass die Erhaltung der Kaufkraft des Geldes ihr vorrangiges Ziel ist. Ihre Präferenz liegt bei festen Wechselkursen. In den 1960er Jahren reduziert die Bundesbank die Zahl ihrer Ziele auf vier - das damals in Mode gekommene „magische Viereck“ -, bevorzugt aber trotz eines inzwischen weit verbreiteten Meinungswandels unter den deutschen Ökonomen weiterhin feste Wechselkurse.

Acht Jahre später, im Jahr 1980, wird Helmut Schlesinger zum Vizepräsidenten ernannt -weiterhin verantwortlich für Volkswirtschaft und Statistik. Es ist die Zeit, in der es scheint, als ob vom Wirtschaftswunder der fünfziger und frühen sechziger Jahre

⁷ Hagen, von (1998).

⁸ Marshall (1999), S. 143 f.

⁹ Jahnke (1983), Woll (1989).

nicht viel übriggeblieben wäre. Die deutsche Wirtschaft schrumpft im Jahr 1981 – bereits zum zweiten Mal nach 1975. Die Arbeitslosenquote steigt auf mehr als 5 1/2% und überschreitet damit das Niveau der frühen fünfziger Jahre. Der zweite Ölpreisschock, starke Terms of Trade-Verluste, aber auch eine aus dem Ruder gelaufene Binnenkonjunktur Ende der 1970er Jahre hinterlassen tiefe Spuren in der Leistungsbilanz. Die lange Zeit chronischer Überschüsse schlagen in eines der höchsten Leistungsbilanzdefizite aller OECD-Länder um.

Für Schlesinger ist der Primat der Geldwertstabilität keine Streitfrage, doch Geldpolitik kann in Konflikt mit anderen Zielen geraten. Gefahr in Verzug sieht er hier bei einer zunehmenden Einengung des erforderlichen Handlungsspielraums der Notenbank bei staatlichen strukturellen Haushaltsdefiziten. Es mag gut sein, dass er vor diesem Szenario einer fiskalischen Dominanz die wirtschaftspolitischen Leitmotive Ludwig Erhards und Karl Schillers, „Stabiles Geld“ und „Mehr Wettbewerb“, um die Maxime „Weniger Staat“ ergänzt wissen will.¹⁰

In den 1980er Jahren verfolgt die Bundesbank ihr selbst gestecktes Geldmengenziel – unter Berücksichtigung der Ziele des magischen Vierecks. Dabei verzichtet sie aber weiterhin, wie es Helmut Schlesinger diplomatisch formuliert, „nicht von vornherein auf die Möglichkeit einer moderat antizyklischen Gegensteuerung der Geldpolitik“. Auch in den Jahren nach 1985 setzt die Bundesbank ihre „aufgeklärte“ monetaristische Politik fort, achtet weiterhin nicht nur auf die Kaufkraft der D-Mark, sondern auch auf die Lage der deutschen Wirtschaft und die Entwicklung der Devisenmärkte.

Helmut Schlesinger übernimmt am 1. August 1991 mit 66 Jahren das Amt des Präsidenten. Bis dahin hat er fast seine gesamte berufliche Karriere in der Zentralbank gemacht. Als Karl Otto Pöhl im Jahr 1977 zur Bundesbank kommt, ist Schlesinger bereits ein Vierteljahrhundert dort tätig. Neben Durchhaltevermögen verfügt er über ein beachtliches Maß an Loyalität. In Reden verwendet er Sätze wie "Wir, die Bundesbank": Worte, die Pöhl wahrscheinlich etwas seltsam findet.

Helmut Schlesinger hat sowohl bei den Modalitäten der D-Mark-Einführung in Ostdeutschland als auch beim Vertrag von Maastricht für die Bonner Regierung eine wichtige Ratgeberfunktion inne. Im April 1990 sagt er zur D-Mark-Einführung in Ostdeutschland, dass Regierung und Bundesbank die Risiken abwägen müssten, die sich aus einer

¹⁰ Schlesinger, Weber, Ziebarth (1993).

raschen Einführung der D-Mark in der DDR ergäben.¹¹ Die Bundesbank habe erkennen müssen, dass auf der Passivseite des Bankensystems der DDR nicht nur die Spareinlagen und der Bargeldumlauf erfasst seien, wovon damals viele ausgingen. Vielmehr dürften die Verbindlichkeiten mit 460 Mrd Ostmark mehr als das Doppelte betragen, so dass naturgemäß auf der Aktivseite die Forderungen an Unternehmen, Staat und Wohnungswesen ebenso hoch seien.¹² Weiterhin stellt er fest, dass es den Verhandlungsführern der DDR klar gewesen sei, dass ein Umstellungssatz von 1:1 die geringe Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft überfordert hätte. Die DDR habe an einen Umstellungssatz von 2 Ostmark zu 1 D-Mark oder 2,5:1 bei den Betrieben gedacht und den Schuldendienst für das Wohnungswesen dem Staat „aufhalsen“ wollen.

Um aber die innere Beziehung zwischen Aktiva und Passiva zu erhalten, müssten auch die Einlagen der Banken im Verhältnis 2:1 umgestellt werden, es sei denn, man wolle hohe verzinliche Ausgleichsforderungen an den Staat zwischen 50 und 100 Mrd. DM entstehen lassen. Die Bundesbank habe daher für Aktiva und Passiva einen Umstellungssatz von 2:1 vorgeschlagen. Von der Ausnahme für kleinere Sparkonten, die 1:1 getauscht werden sollen, dürfte mehr als die Hälfte aller Privateinlagen profitiert haben.¹³ Mehrfach warnt Schlesinger, dass jede Schuldenstreichung im Zuge der Währungsumstellung über Ausgleichsforderungen auf den Staatshaushalt zurückfallen werde. Auch von der Entwicklung der Staatsverschuldung werde es abhängen, ob die Geldwertstabilität erhalten werden könne. Leider werden seine Warnungen in den Wind geschlagen, denn die Regierungen legen einen Umtauschkurs von 1:1 fest.

Seine Erfahrungen während der deutsch-deutschen Verhandlungen hinterlassen bei Helmut Schlesinger einen tiefen Eindruck. Er meint, dass die Bestrebungen innerhalb der EU, eine wirtschaftliche und monetäre Union zu schaffen, nur dann von Erfolg gekrönt sein werde, wenn gleichzeitig die Basis zu einer politischen Union gelegt wird. Gerade in Bezug auf die Stellung der Notenbank blickt er mit Skepsis auf die Zukunft der Europäischen Währungsunion, da die Vorschläge der EG-Behörden seiner Meinung nach neben der Preisstabilität zu viele zusätzliche Ziele für die geplante Europäische Zentralbank vorgeben und dadurch deren Unabhängigkeit und Effektivität in Frage

¹¹ „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh’n wir zu ihr“, heißt es bei der Leipziger Montagsdemonstration am 12. Februar 1990. Siehe Schmidt (2014).

¹² Neben den Spareinlagen und dem Bargeldumlauf sind es auf der Passivseite vor allem die Auslandsverbindlichkeiten sowie gewisse Reservefonds, die zu diesem Gesamtergebnis beigetragen haben. Siehe Deutsche Bundesbank (1990).

¹³ Reuter (1990).

stellen. Er warnt insbesondere vor einem Verfall der Haushaltsdisziplin einzelner Länder, da in einer Währungsunion die Bestrafung von Budgetdefiziten über risikoprämienbedingte Zinsdifferenzen und wettbewerbserforderliche Abwertungen ausbleiben werden.¹⁴

Als der amtierende Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl aufgrund eines zermürbenden Streits mit Bundeskanzler Helmut Kohl im Mai 1991 zurücktritt, wird Helmut Schlesinger zu seinem Nachfolger ernannt. Aufgrund seines fortgeschrittenen Alters wird seine Amtszeit von vorneherein auf 26 Monate begrenzt. Der neue Präsident übernimmt am 1. August 1991 das Amt in einer äußerst schwierigen Zeit: Die unerwartet rasche und mit großen Herausforderungen begleitete Wiederherstellung der deutschen Einheit, eine gigantisch steigende Staatsverschuldung mit entsprechenden Wirkungen auf die Finanzmärkte, deutlich beschleunigte Preisauftriebstendenzen, die sich aus überzogenen Tarifabschlüssen, aber auch aus Verbrauchssteuererhöhungen und anderen Faktoren ergeben, haben zu einem teilweisen Vertrauensschwund im Ausland und zu einer deutlichen Abschwächung der D-Mark geführt, was sich wiederum über höhere Importpreise inflationstreibend auswirkt.

Preisstabilität muss nach seiner Auffassung das erste Ziel eines künftigen Europäischen Zentralbanksystems sein. So lauteten jedenfalls die eindeutigen Schlussfolgerungen des Delors-Berichts und des Entwurfs für das Statut für ein Europäisches Zentralbanksystem, an dem die Deutsche Bundesbank unter Helmut Schlesinger entscheidend mitarbeitet und in dem sie zentrale Bestandteile der deutschen Zentralbankverfassung einbringen kann. Die EU-Regierungen hätten dem im Prinzip zugestimmt. Die Frage sei nun, wie dieses Ziel erreicht werden könne. Es soll sichergestellt werden, dass eine neu geschaffene Papierwährung für 345 Millionen Europäer ihre Kaufkraft für lange Zeit stabil halten kann. Ein solches Versprechen müsse abgegeben werden, und die für die Geldpolitik verantwortlichen Behörden müssten darum die Preisstabilität zu ihrem obersten Ziel machen. Sie dürften nicht gezwungen werden, andere Ziele zu verfolgen, zum Beispiel Wechselkursziele, wenn sie dies in einen Konflikt mit dem übergeordneten Ziel der Preisstabilität bringen würde. Weiterhin erklärt er, die Mitglieder der Leitung einer künftigen Europäischen Zentralbank müssten unabhängig von Anweisungen ihrer nationalen Regierungen oder EG-Behörden sein. Ferner müsse die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass der öffentliche Sektor einen irgendwie gearteten Zu-

¹⁴ Schlesinger (1990).

griff auf direkte Finanzierungshilfen von der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken erhalte.¹⁵ Zudem wird er nicht müde, auf den unerlässlichen Zusammenhang zwischen politischer und monetärer Union hinzuweisen – sowie auf deren irreversiblen Charakter. Das Schicksal des russischen Rubels zeige, was geschehe, wenn einer Währung der politische Boden entzogen wird.

Hart ist das politische Ringen um die Ausgestaltung des Europäischen Währungssystems. Exemplarisch dafür ist das Ausscheiden Großbritanniens aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) im September 1992. Die Deutsche Bundesbank versucht, inflatorische Tendenzen nach dem Vereinigungsboom zu dämpfen, während Großbritannien und Frankreich mit einer lockeren Geldpolitik eine drohende Rezession bekämpfen wollen. Entsprechend groß ist der Druck auf die Bundesbank, den geldpolitischen Kurs zu lockern. Als erkennbar wird, dass sie dazu nicht bereit ist, setzt eine massive Spekulation vor allem gegen das Britische Pfund ein. Eine Äußerung Helmut Schlesingers, die den Tatbestand dieser Spannungen beschreibt, zwingt schließlich die britische Regierung dazu, das Pfund aus dem EWS zu nehmen.

Als in der sich daran anschließenden nächtlichen Unterhausdebatte Schatzkanzler Norman Lamont auf Schlesinger zu sprechen kommt, hört man bei Nennung dieses Namens einen Hammerschlag auf den Amboss niedergehen. In der europäischen und vor allem der britischen Presse wird Helmut Schlesinger in der EWS-Krise und nach dem Austritt des Pfund zum Feindobjekt erklärt. Dabei erweist sich das Ausscheiden aus dem EWS für Großbritannien als ein Befreiungsschlag. Lamont hat später die Haltung der Bundesbank gewürdigt, weil sie als Ankerwährung zuallererst zur Wahrung der Geldwertstabilität verpflichtet gewesen sei.

Diese Auseinandersetzung offenbart, dass es bei der Schaffung der gemeinsamen Währung in Europa um hohe Politik geht: Wer sitzt an dem für moderne Demokratien entscheidenden währungs- und beschäftigungspolitischen Hebel? Die Deutsche Bundesbank war sich dessen bewusst; sie setzt durch, dass die Europäische Zentralbank (EZB) als Nachfolgerin wie die Bundesbank die Währung hüten soll. Das ist ein Bruch mit der französischen Tradition – die Geldpolitik ist zu wichtig, als dass man sie Technokraten überlassen darf –, aber anders war die Währungsunion nicht zu haben.

Ende September 1993 tritt Helmut Schlesinger wie vereinbart von seinem Amt als Präsident der Deutschen Bundesbank zurück. Bei seiner Verabschiedung zollt man dem 68-Jährigen großes Lob für sein engagiertes Bekenntnis zur Geldwertstabilität und

¹⁵ Reuter/dpa (1991).

seine Verdienste um die Preisstabilität. Jaques Delors, der frühere Präsident der Europäischen Kommission, hat einmal gesagt: „Sie wissen, nicht alle Deutschen glauben an Gott, aber alle Deutschen glauben an die Deutsche Bundesbank.“¹⁶ Helmut Schlesinger kann es sich fürwahr als Verdienst anrechnen, dass die D-Mark in den 42 Jahren seiner Tätigkeit von einem „Besatzungschild“ zum „Liebling“ der Deutschen und zum „Stabilitätsanker“ in Westeuropa geworden ist.

Vier Schwerpunkte im großen Bild der Schaffensbilanz Helmut Schlesingers sollen im Folgenden besonders gewürdigt werden:

- (a) Sein ökonomisches Denken als eine Synthese aus Analyse und Statistik;
- (b) sein Verdienst, eine Stabilitätskultur geschaffen und bewahrt zu haben;
- (c) sein ordnungspolitisches Credo der Notenbankunabhängigkeit; und
- (d) seine klaren Vorstellungen über die Bedingungen einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

¹⁶ Scholtes (2020).

„Helmut Schlesinger ist für viele Beobachter das ‚stabilitätspolitische Gewissen‘ der Bundesbank; ein Mann, der mit Akribie Inflationsgefahren aus monetären Statistiken abzulesen versucht“.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Juli 1991

Ökonomisches Denken: Analyse und Statistik als Synthese

Es gibt viele Beispiele und Zeugen dafür, wie meisterhaft es Helmut Schlesinger versteht, in seinen wissenschaftlichen Abhandlungen Analyse mit Statistik zu verbinden. Als Kostprobe soll eine Arbeit dienen, die er auf der Hauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 30. September 1971 in Stuttgart vortrug.¹⁷ Zunächst beschreibt er präzise und verständlich das Thema „Geldvermögen und Geldschulden“: Welche Bedeutung haben Vermögen und Schulden für die Bevölkerung? Er geht auf die Frage der Abgrenzung zwischen Sach- und Geldvermögen ein und erwähnt die Brisanz der ungleichen Vermögensverteilung in der wirtschaftspolitischen Diskussion schon damals. Schließlich demonstriert er den Zusammenhang zwischen Sach-, Geld- und Nettovermögen einer Volkswirtschaft anhand eines Bilanzschemas.

Im zweiten Schritt geht er auf den Zusammenhang zwischen Geldvermögen und Geldschulden im Vermögensbildungsprozess ein – also auf die Verbindung zwischen Bestands- und Stromgrößen. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von John Maynard Keynes‘ Allgemeiner Theorie hin, beschreibt ein Zwei-Sektoren-Modell (Private Haushalte und Unternehmen) zur Vermögensbildung und erweitert es um mehrere Sektoren, um „der wirtschaftlichen Realität näher zu kommen“.¹⁸ Dabei geht er auch auf die Ergebnisse von Untersuchungen anderer Wissenschaftler ein.

Besondere Aufmerksamkeit widmet er den einzelnen Komponenten des Geldvermögens. Er setzt sich ausführlich mit der Frage auseinander, ob Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung auch zum Geldvermögen zählen – ein Diskussionspunkt, der insbesondere bei der Revision des „System of National Accounts“ (SNA) 2008 und des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)

¹⁷ Schlesinger (1971).

¹⁸ Schlesinger (1971).

2010 noch zu heftigen Kontroversen führte. Dabei einigte man sich, dass solche Ansprüche der privaten Haushalte sowie die entsprechenden Verpflichtungen der Sozialversicherung in einer separaten Tabelle zu erfassen sind. Ein anderer Punkt ist seine Behandlung von Anteilsrechten in der Vermögensrechnung. Nach der Darstellung der Sektorengliederung geht Helmut Schlesinger auf die Beschreibung erster Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensrechnung ein.

Bei einem Vortrag auf der Konferenz der „International Association for Research in Income and Wealth“ (IARIW) zehn Jahre früher im August 1961 in Tutzing berichtet Helmut Schlesinger über die Anfänge der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der Bundesbank. Es handelt sich dabei um vierteljährliche Schätzungen verschiedener gesamtwirtschaftlicher Aggregate. Hierzu gehören die Zahlen zum privaten und öffentlichen Verbrauch, zu den Bruttoanlageinvestitionen und den Nettoexporten an Waren und Dienstleistungen. Zur direkten Schätzung des Bruttosozialprodukts fehlen so lediglich die Vorratsveränderungen. Darüber hinaus werden halbjährliche Daten für die Brutto- und Nettolöhne der Beschäftigten, der öffentlichen Übertragungen sowie die privaten Ersparnisse veröffentlicht. Dabei verweist Schlesinger darauf, dass eine schnelle Berichterstattung für den Entscheidungsprozess von größter Bedeutung ist. Darüber hinaus erwähnt er die seit Anfang der 1950er Jahre begonnene jährliche Berechnung der Vermögensbildung und ihrer Finanzierung nach Sektoren. Die in dieser Publikation ausgewiesenen Finanzierungsüberschüsse oder -defizite nach Sektoren stellen die wichtige Verbindung zu den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen her.

Helmut Schlesinger konstatiert, dass beide Institutionen die gleichen Sektorabgrenzungen verwenden. Allerdings benötigt die Bundesbank für ihre eigenen Zwecke eine detailliertere Untergliederung des finanziellen Sektors in (i) Banken, (ii) Bausparkassen und (iii) Versicherungen sowie der öffentlichen Hand in (i) Bund, (ii) Länder, (iii) Gemeinden und (iv) Sozialversicherungen. Zudem wird die übrige Welt in (i) Ausland und (ii) Berlin (West) und (iii) Währungsgebiet der DM (Ost) unterteilt. Eine weitere Untergliederung der Banken in "Zentralbank" und "Sonstige Banken" ist vorgesehen, und auch eine separate Darstellung des "Wohnungsbausektors", sobald verbesserte Statistiken dies zulassen. Die Klassifikation der Aktiva und Passiva wird sowohl durch analytische Überlegungen als auch durch die statistischen Möglichkeiten bestimmt.

Schließlich geht er auf die mögliche Bedeutung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für wirtschaftspolitische Zwecke ein. Er erwähnt die Finanzpolitik, die Ag-

rarpolitik sowie die Sozialpolitik. Zudem berufen sich die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände häufig auf die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, um ihre Position in den Tarifverhandlungen zu stärken.¹⁹ Für den damaligen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen allerdings lange Zeit „Teufelszeug“. Diese Einschätzung Erhards mag in seiner engen Verbundenheit zu Wilhelm Röpke zu suchen sein, einem der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Vorstufe zu einem System der zentralen Verwaltungswirtschaft sah.²⁰

Die Grundlagen zum Auf- und Ausbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind in Deutschland gelegt. Es kommt dabei zu einer engen Kooperation zwischen der Bundesbank und dem Statistischem Bundesamt. In der Bank werden ab Mitte der 1950er Jahre Ergebnisse der Finanzierungsrechnung im Monatsbericht der Bank deutscher Länder und später im Monatsbericht der Bundesbank veröffentlicht und kommentiert. Seit 1970 erscheint jährlich die zugehörige Statistische Sonderveröffentlichung mit einem umfangreichen Tabellenteil und ausführlichen methodischen Erläuterungen. Ein erster Monatsberichtsbeitrag der Bank deutscher Länder erscheint im September 1955 und behandelt „Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahr 1954“.

Ein weiterer Schritt ist im Monatsbericht Mai 1971 die Publikation von Bestandsangaben für das Geldvermögen und die Verbindlichkeiten der einzelnen Sektoren für die Jahre 1969 und 1970. Schon im März 1973 werden die Bestände zurück bis 1950 veröffentlicht. Damit steht – neben der Banken-, Wertpapier-, Zahlungsbilanz- und allgemeiner Wirtschaftsstatistik – mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einschließlich der Finanzierungs- und Geldvermögensrechnung – ein breites Angebot an methodisch konsistenten statistischen Daten für geld- und wirtschaftspolitische Analysen zur Verfügung. Dass im Jahr 2008 die Bundesbank gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt sektorale Vermögensbilanzen veröffentlicht, zeigt, dass die schon in den 1950er Jahren skizzierte methodische Grundlage heute noch Gültigkeit hat. Die seit einiger Zeit veröffentlichten Quartalsdaten sind zudem die Voraussetzung dafür, dass die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Analysen, Szenarien und Prognosen weiter an Bedeutung gewonnen haben.²¹

¹⁹ Schlesinger (1961a, b).

²⁰ Bork (2009).

²¹ Stöß (2009).

Wie intensiv sich Helmut Schlesinger noch nach seiner Zeit bei der Bundesbank mit statistischen Fragen beschäftigt, zeigen seine vielen Einlassungen und Hinweise. In der Euro-Krise richtet er als einer der Ersten den Blick auf die Problematik der sogenannten TARGET 2-Salden.²² Über dieses zuvor unbeachtete Clearingsystem im Zahlungsverkehr des Euroraums muss die Bundesbank anderen Euro-Notenbanken Kredite gewähren, die seit Jahren rasant wachsen und unter Wissenschaftlern heftige Kontroversen ausgelöst haben.²³

²² Helmut Schlesinger macht im Frühjahr 2010 in einer Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf die stark anwachsenden Target-Salden der Bundesbank aufmerksam. Wie Hans-Werner Sinn schreibt, war dem Beirat damals nicht klar, was diese Salden außenwirtschaftlich und geldpolitisch bedeuten. Vgl. Sinn, 2015, S. 271.

²³ Schlesinger (2011) und z.B. Cecchetti et al (2012).

„Stabiles Geld braucht nicht nur eine stabilitätsorientierte Politik von Regierung und Notenbank. Sie braucht ein entsprechendes Verhalten der Wirtschaft, der Tarifpartner und der Konsumenten – gewissermaßen eine ‚Stabilitätskultur‘ in Öffentlichkeit und Politik.“

Börsen-Zeitung, 1. Februar 1992

Stabilitätskultur schaffen und bewahren

Am 29. Juni 2012 trifft sich Helmut Schlesinger mit Jens Weidmann, dem damaligen Bundesbankpräsidenten, zu einem Gespräch in der Deutschen Bundesbank. Es ist die Zeit kurz nachdem auf dem EU-Gipfel in Brüssel der Weg zu einer europäischen Bankenunion geebnet worden war. In dem Gespräch geht es um die Frage, wie sich die Stabilitätskultur der Bundesbank entwickelt hat. Helmut Schlesinger hat in Deutschland das Wort der „Stabilitätskultur“ geprägt.²⁴ Er erkannte, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Geldwertstabilität ist. Die Bevölkerung muss dieses Ziel der Zentralbank akzeptieren und unterstützen.²⁵

Helmut Schlesinger erwähnt, dass sich noch vor der Festschreibung der Zentralbankunabhängigkeit und des Ziels der Geldwertstabilität im Bundesbankgesetz von 1957 die Stabilitätskultur entwickelt hatte. Es beginnt mit der Gründung der Bank deutscher Länder im März 1948. Das Gesetz über die Bank deutscher Länder war ein Militärregierungsgesetz. Rein formal betrachtet hat demnach die amerikanische und britische Militärregierung die Unabhängigkeit der Zentralbank im deutschen Recht verankert. Das ist eine verblüffende Parallele zum Jahr 1922, als ebenfalls auf Druck der Alliierten die Unabhängigkeit der Reichsbank in einem Extragesetz beschlossen worden ist. Während des Dritten Reichs wurde sie allerdings wieder abgeschafft.

Man kann es als eine Ironie der Geschichte betrachten, dass in den beiden Perioden der neueren deutschen Geschichte, in denen wir eine unabhängige Zentralbank hatten, dies von ehemaligen Gegnern Deutschlands durchgesetzt worden ist. Dass das Ge-

²⁴ Schäfer (2018), S.29.

²⁵ Neumann (1998), S. 343.

setz über die Bank deutscher Länder ein Militärregierungsgesetz war, war schon deshalb notwendig, weil die Ausdehnung ihrer Befugnisse auf die französische und sowjetische Zone möglich bleiben sollte. Es war nämlich Anfang März 1948 noch nicht definitiv entschieden, dass es zu keiner gesamtdeutschen Währungsreform kommen würde. In der Tat schloss sich die französische Zone noch im Laufe des März mit ihren Landeszentralbanken der Bank deutscher Länder an.

Helmut Schlesinger erläutert, dass das im Jahr 1948 ausgegebene Zentralbankgeld schnell auf eine Bewährungsprobe gestellt wurde, nämlich zu Beginn des Korea-Krieges 1950. Rohstoff- und andere Importpreise schnellen in die Höhe, und es herrscht große Unruhe in der Bevölkerung. Viele beginnen wieder zu hamstern. Denn die Zeiten, in denen die Bevölkerung hungerte, lagen erst eineinhalb Jahre zurück. Man beschäftigt sich bereits mit der Wiedereinführung von Preisstopps und der Warenbewirtschaftung mit Lebensmittelkarten, wie im und nach dem Krieg.

Doch die Bank deutscher Länder reagiert. Sie setzt eine Grenze für die Kreditausweitung und versucht so, das Geldvolumen zurückzuführen. Auf diese Weise gelingt es im Verlauf von 1951, die D-Mark zu stabilisieren und das Vertrauen in den Geldwert zurückzugewinnen. Damit waren die Weichen richtig gestellt – für den Erfolg der Währungsreform, die Abschaffung der Bewirtschaftung, die Freigabe der Preise und die Stabilität des Geldwerts. Von da an erhält der Wiederaufbau eine zentrale Basis.

Bereits in den fünfziger Jahren gibt es verschiedene Versuche, die Unabhängigkeit der Notenbank zu beschneiden und damit der Stabilitätskultur zu schaden.²⁶ Auch war Bundeskanzler Konrad Adenauer ein definitiver Gegner dieser Unabhängigkeit. Jedoch konnten diese Versuche alle abgewehrt werden. Die Bank deutscher Länder hat jeweils massiv gegen sie protestiert und die Öffentlichkeit dagegen mobilisiert, was ihr erfolgreich gelang, weil sie sich bereits damals eine große Reputation erworben hatte. Helmut Schlesinger beschreibt die Situation: „Der damalige Präsident, Geheimrat Wilhelm Vocke, der ja als Stifter des Rufs der Bundesbank gilt, war sehr streng. Sein Einfluss auf den Zentralbankrat war stark und wurde oft nur mit Murren ertragen. Ich erinnere mich, dass Vocke sich 1956 wegen der Einführung der dynamischen Rente vor einem parlamentarischen Ausschuss äußern sollte. Sein einziger Satz: „Ich halte die Einführung der dynamischen Rente stabilitätspolitisch für gefährlich.“ Aus seinem Mund musste das genügen.²⁷

²⁶ Goodman (1992)

²⁷ Deutsche Bundesbank (2012).

Helmut Schlesinger beschreibt den Zielkonflikt, in dem sich die Bank in dem System fester Wechselkurse befand: „Im Lauf der 1950er Jahre wurde allmählich klar, dass der von den Alliierten festgesetzte Wechselkurs von 4,20 D-Mark zum Dollar für Deutschland zu günstig war. Es gab eine unterbewertete Währung und erhebliche Zahlungsbilanzüberschüsse mit Konsequenzen für die Geldpolitik; denn im System fester Wechselkurse musste die Bundesbank laufend Devisen aufkaufen, um den Wechselkurs zu stabilisieren. Damit hat sie gegen ihren Willen Notenbankgeld geschaffen. Deswegen wollte Wirtschaftsminister Ludwig Erhard eine Aufwertung, gegen die es erheblichen Widerstand gab.“²⁸

Neben Kanzler Konrad Adenauer, dem Bundesverband der Deutschen Industrie und den deutschen Banken war auch die Bundesbank mit ihrem Präsidenten Karl Blessing offiziell gegen eine Aufwertung, da eine Schwächung der Exportindustrie befürchtet wurde. Es gab in der Bank auch Stimmen für eine Aufwertung, die jedoch nicht nach außen drangen, bis auf wenige Ausnahmen: Dass der damalige neue Vizepräsident der Landeszentralbank Niedersachsen Heinrich Irmeler im Jahresbericht der Landeszentralbank für eine Aufwertung plädierte, führte in Frankfurt zu großer Aufregung.

Helmut Schlesinger kommt schließlich in dem Gespräch zur weiteren Entwicklung der Stabilitätskultur zu einem insgesamt sehr positiven Urteil. Denn „im Lauf der Jahrzehnte danach gab es im Hinblick auf die Stabilitätsorientierung keine Spannungen mehr innerhalb der Bank und das ist bis heute so geblieben. Trotz aller unterschiedlichen Qualifikationen und Aufgaben gibt es innerhalb der Bank eine gemeinsame Sichtweise und ein klares Bekenntnis zur Geldwertstabilität. Das ist einzigartig für eine solche Institution. Es ist ein öffentliches Gut, Geldwertstabilität zu erhalten und so zum Gemeinwohl beizutragen.“

Jens Weidmann erinnert am 11. Januar 2022 in seiner Rede anlässlich der Amtsübergabe an Joachim Nagel, den jetzigen Bundesbankpräsidenten, an Helmut Schlesinger. Der damalige Bundesbankpräsident habe vor 30 Jahren betont, dass die Zentralbank nicht im Alleingang für stabile Preise sorgen könne. Politik und Gesellschaft müssten die Stabilitätsorientierung aktiv mittragen. Dies fasst er unter dem Begriff „Stabilitätskultur“ zusammen. Weidmann führt weiter aus: „Damals wie heute steht die Bundesbank auf einem festen Fundament, gegossen aus Kompetenz, Unabhängigkeit und Stabilitätskultur. Ein solches festes Fundament ermöglicht auch in stürmischen Zeiten und in Zeiten des Wandels, Stabilität zu sichern. In Zeiten, in denen Notenbanken mitunter

²⁸ Deutsche Bundesbank (2012).

als einzig handlungsfähige Institutionen wahrgenommen werden und die Erwartungen an sie immer weiter wachsen, kommt aus meiner Sicht eine weitere wichtige Eigenschaft hinzu: Bescheidenheit.“ Oder in den Worten von Otmar Issing: „Notenbanken sind nicht allmächtig. [...] Sie müssen klarstellen, was Geldpolitik erreichen kann – und noch wichtiger, was sie nicht zu leisten imstande ist.“²⁹

²⁹ Weidmann (2022).

„Der Grad der Unabhängigkeit der Zentralbank ist die letzte Ursache (ultimate cause) für den Grad an Inflation“.³⁰

Ordnungspolitisches Credo: „Halte dein Haus in Ordnung“

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland wird allgemein darin gesehen, dass sie in der Zeit seit ihrem Bestehen wirtschaftlichen Wohlstand geschaffen hat. Die Formel „Wohlstand für alle“ ist ein immer wieder genanntes Motto. Die Soziale Marktwirtschaft hat aber auch wesentlich zur Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie und ihrer Institutionen bei der Mehrheit der Bundesbürger beigetragen und somit den sozialen Frieden gesichert. Das frühe „Wirtschaftswunder“ und der darauf aufbauende Sozialstaat haben den Deutschen bald nach dem Krieg die Einsicht vermittelt, dass — anders als in der Weimarer Republik — Demokratie und Rechtsstaat mit Wohlstand verbunden sind, ja geradezu synonym dafür zu sein scheinen.³¹

Es gibt sicher noch mehr ordnungspolitische Elemente, aber oft werden drei wesentliche Voraussetzungen für das Zustandekommen der Sozialen Marktwirtschaft genannt – die Unabhängigkeit der Zentralbank als Garant für Geldwertstabilität,³² Privateigentum an den Produktionsmitteln und Offenheit der Märkte. Alle drei Elemente konnten in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg gegen teilweise starke Opposition etabliert werden.

Geldpolitik hat, wie der Präsident der Deutschen Bundesbank, Karl Otto Pöhl, in seinem Geleitwort anlässlich des 65. Geburtstags von Helmut Schlesinger ausführte, für den Jubilar einen hohen gesellschaftspolitischen Rang. Sie ist für ihn nicht nur Teil der Wirtschaftspolitik, sondern konstituierendes Element einer sozialen Marktwirtschaft. Insbesondere hat sich Helmut Schlesinger daher mit der Frage der Unabhängigkeit einer Zentralbank von Weisungen der Regierung beschäftigt. Er argumentiert, dass die Entscheidung dafür auf Grund der Erfahrungen im Geldwesen des 20. Jahrhunderts getroffen worden sei. Er nennt die Hyperinflation von 1920 bis 1923 sowie die verdeckte

³⁰ Eijffinger und Schaling (1993).

³¹ Hampe und Weber, S.7.

³² Issing (2019).

Inflation von 1939 bis 1948 in Deutschland als Beispiele für eine staatlich verursachte Geldentwertung.³³

Die zweimalige Erfahrung der Geldvernichtung im letzten Jahrhundert, von der die deutsche Bevölkerung hart getroffen wurde, war der Grundstein für die Überlegungen, den Politikern nicht mehr allein die Entscheidung über den Geldwert zu überlassen. Das führte am 1. März 1948 zum Gesetz über die Bank deutscher Länder sowie am 26. Juli 1957 zum Gesetz über die Deutsche Bundesbank, die ihr eine große Unabhängigkeit ermöglichten – mit der Folge einer starken D-Mark, der späteren Leitwährung im europäischen Raum und nach dem US-Dollar eine international anerkannte Anlage- und Reservewährung. Die Unabhängigkeit der Bundesbank beruhte zu einem großen Teil auf der Unterstützung, die sie sich in der deutschen Öffentlichkeit verdient hatte und die dazu führte, dass Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Bundesbank in aller Regel mit einem Rückzug der Regierung endeten. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl schrieb am 30. Juli 1982 in der WirtschaftsWoche: „Die Unabhängigkeit der Bundesbank hat nach meiner Überzeugung den Rang einer Verfassungsnorm gewonnen und wäre deshalb durch eine Gesetzesänderung mit einfacher Mehrheit wohl kaum zu beseitigen. Ganz abgesehen davon, dass dies sicherlich auf entschiedene Ablehnung der öffentlichen Meinung führen würde.“

Auch andere entwickelte Länder haben ihren Notenbanken, beeinflusst durch die Beispiele der Deutschen Bundesbank und der Schweizerischen Nationalbank, seit Anfang der 1990er Jahre eine weitergehende oder volle funktionale Autonomie gewährt. Angesichts einer langen Zeit starker Opposition dagegen war für diesen Trend der Schritt in Großbritannien besonders bezeichnend. Dort räumte im Jahr 1997 die Labour-Regierung der ältesten Notenbank der Welt, der Bank of England, eine recht weitgehende Unabhängigkeit ein. Die umfassendste Veränderung aber brachte der Vertrag von Maastricht, der von allen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) angehörenden Ländern verlangt, ihren Notenbanken und der EZB Unabhängigkeit von Weisungen der Regierung(en), der EU-Gremien und „anderen Stellen“ zu gewähren und den Notenbanken *expressis verbis* verbietet, Weisungen einzuholen. Die staatlichen Stellen werden ausdrücklich verpflichtet, „nicht zu versuchen, die Mitglieder der Beschlussorgane zu beeinflussen“ (Art. 108, AEUV); diese Verpflichtung haben sich die Regierungen selbst in den Vertrag hineingeschrieben.

³³ Schlesinger (1999).

Der Notenbank Unabhängigkeit in dem hier beschriebenen Sinne durch Gesetz zu gewähren, ist die eine Seite, sie zu erhalten und im „Notenbank-Alltag“ auszufüllen, die andere.³⁴ Helmut Schlesinger nennt drei wesentliche Bedingungen, die dies sichern sollen: Es sind die institutionelle, personelle und funktionale Unabhängigkeit der Notenbank. Als Institution ist die Notenbank insofern unabhängig, als sie über eine gesicherte finanzielle Basis verfügt, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Sie ist mit genügend Eigenkapital ausgestattet. Aus ihrem Monopol der Banknotenausgabe erzielt sie in der Regel Erträge, die über ihre Kosten hinausgehen. Die Gewinnabführungspflicht an den Eigentümer, in den meisten Fällen der Staat, lässt ihr Spielraum für den Aufbau finanzieller Reserven. Natürlich muss sie diese Vorzugstellung durch Berichterstattung gegenüber der Öffentlichkeit und der Regierung legitimieren und den Beweis erbringen, dass sie „wirtschaftlich und sparsam“ arbeitet, wie es für alle öffentlichen Stellen gefordert ist.

Ein Mittel, die persönliche Unabhängigkeit der Mitglieder der Entscheidungsorgane zu gewährleisten, besteht darin, sie für eine längere Amtsperiode (im Direktorium der EZB für acht Jahre) zu berufen und Wiederberufungen auszuschließen. Diese Regelung vermeidet, dass sich Mitglieder im Verlaufe ihrer Amtszeit den Vorstellungen ihrer Regierungen stärker beugen, als von der Sache her gerechtfertigt wäre. Dazu gehört, dass die ernannten Mitglieder der Entscheidungsorgane über Kenntnisse und Erfahrungen im Geldwesen verfügen. „Eine Häufung von Organmitgliedern, die im Wesentlichen nur über Erfahrungen in der staatlichen Finanzpolitik verfügen, wäre nicht ideal“, meint er und stellt fest: „Es ist schwer vorstellbar, dass jemand zu einem selbständigen Urteil in anstehenden geld- und währungspolitischen Entscheidungen kommen kann, wenn ihm die Materie fremd ist. Wären er oder sie primär auf Ratschläge Dritter angewiesen, so wäre die Unabhängigkeit beeinträchtigt, auch wenn notenbankintern natürlich Hilfen für die Entscheidungsfindung zur Verfügung gestellt werden.“³⁵ Zur persönlichen Unabhängigkeit gehört auch, dass die Mitglieder des Entscheidungsgremiums frei sind von externen Verantwortungen politischer und wirtschaftlicher Art; insbesondere dürfen sie nicht entgeltlich oder unentgeltlich Positionen in der Wirtschaft wahrnehmen, es sei denn, es geschieht im Interesse der und Beauftragung durch die Notenbank selbst. Nach Schlesinger gehört es aber auch zu den Grundfesten der Geldpolitik, dass die Entscheidungsträger sie öffentlich erläutern und begründen. Denn gerade die Akzeptanz der geldpolitischen Grundlinie ist für ihn die sicherste Grundlage für den Erhalt der Unabhängigkeit.³⁶ Allerdings hegt Schlesinger Zweifel daran, ob die

³⁴ Schäfer (2014).

³⁵ Schlesinger (1999).

³⁶ Schlesinger (1993).

Mitglieder der Entscheidungsorgane völlig unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer persönlichen Zielsetzungen agieren würden. Indessen ist er der Auffassung, dass hier das Zusammenwirken innerhalb des kollegialen Entscheidungsgremiums neutralisierend wirken könnte.

Schließlich sollte die Notenbank funktionell unabhängig sein. Dies wird dadurch sichergestellt, dass ein ausreichendes Instrumentarium zur Bewältigung der Notenbankaufgaben zur Verfügung steht. Entscheidend ist, dass effektive Instrumente und Wirkungskanäle verfügbar sind, um nachhaltig auf Änderungen der monetären Lage reagieren zu können. Es muss gesichert sein, dass die Notenbank die Geldschöpfung der Banken kontrolliert und nicht umgekehrt, dass die Banken und Finanzmärkte das Notenbankhandeln bestimmen (finanzielle Dominanz). Die oftmals überbewertete „Forward Guidance“ heutiger Zentralbanken dürfte Helmut Schlesinger weniger gefallen.

Schließlich stellt sich Helmut Schlesinger die Frage, ob denn nachzuweisen sei, dass eine unabhängige Notenbank die Inflationstendenzen stärker eindämmen könne als eine abhängige. Er zitiert Alex Cukierman, der viele Notenbanken der Welt nach dem Grad ihrer politischen Unabhängigkeit einstufte — mit der Schweiz und Deutschland an der Spitze, gefolgt von Österreich, den USA und anderen.³⁷ Cukierman kommt zu dem Ergebnis, dass die Länder an der Spitze dieser Liste die geringsten langfristigen Inflationsraten hatten; eine Ausnahme stellt Japan dar, mit einer niedrigen Inflationsrate, aber geringer formaler Unabhängigkeit der Notenbank. S. Eijffinger und E. Schaling kommen zu gleichen Ergebnissen. Sie weisen auch nach, dass trotz des niedrigen Grades an Inflation kein „trade-off“ zwischen Inflation, Wachstum und Beschäftigung besteht.³⁸

³⁷ Cukierman (2003).

³⁸ Eijffinger und Schaling (1993).

„Die Bestrebungen innerhalb der EU, eine wirtschaftliche und monetäre Union zu schaffen, werden nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn gleichzeitig die Basis zu einer politischen Union gelegt wird“.

Helmut Schlesinger³⁹

Bedingungen für eine erfolgreiche Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Helmut Schlesinger machte während der Verhandlungen im Rahmen des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses Erfahrungen, die ihn in den darauffolgenden Jahren entscheidend prägen sollten. So war er überzeugt, „dass das Abenteuer einer monetären Union zwischen der Marktwirtschaft der Bundesrepublik und der Kommandowirtschaft der DDR nur gewagt werden konnte, weil Aussicht auf eine rasche politische Vereinigung bestand.“⁴⁰ Hätte die deutsche monetäre Einheit, hypothetisch gefragt, ohne den politischen Zusammenschluss lange halten können? Wahrscheinlich nicht.

Er zieht Parallelen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). „Natürlich sind innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Unterschiede der nationalen Strukturen weniger ausgeprägt, so dass keine direkte Vergleichbarkeit zwischen dem deutschen und europäischen Einigungsprozess gegeben ist.“ Er macht aber darauf aufmerksam, dass – wie die Geschichte zeige – eine politische und eine monetäre Union in einer engen Verbindung zueinanderstehen. Wer eine monetäre Union befürworte, müsse bereit sein, mit Nachdruck für ein Europa als politische Gemeinschaft zu arbeiten.⁴¹

„So prüfe, wer sich ewig bindet“: Helmut Schlesinger erklärt unmissverständlich, dass die EWWU unbedingt ein Pendant in der politischen Union finden sollte. So habe er schon im September 1990 in einer Stellungnahme eindringlich auf den irreversiblen Charakter einer Währungsunion hingewiesen und sie als eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft bezeichnet, welche für ihren dauerhaften Bestand einer umfassenden politischen Union bedürfe.

³⁹ Schlesinger (1990a).

⁴⁰ Schlesinger (1990a).

⁴¹ Schlesinger (1990a).

Insofern stellt er klar, dass der Vertrag über die EWWU nicht den Anfang der währungspolitischen Integration in Europa darstelle; vielmehr sollte dieser zu einem Endpunkt führen. So erinnert Schlesinger an den gescheiterten sogenannten Werner-Plan, an die europäische „Währungsschlange“ in den Jahren 1972 bis 1979 und an das darauf folgende Europäische Währungssystem (EWS). Schlesinger sprach von einer Konvergenz des stabilitätspolitischen Denkens in den EU-Mitgliedstaaten und verwies in diesem Zusammenhang vor allem auf Frankreich.⁴² Dieser Konsens sei ein wesentlicher Grund, weshalb er das Gelingen der geplanten monetären Union im Gegensatz zu manchem Pessimisten für möglich halte.

Schlesingers vorsichtiger Optimismus hat auch damit zu tun, dass die Bundesbank ihre wichtigsten stabilitätspolitischen Grundwerte in das Statut der Europäischen Zentralbank einbringen konnte. Er hob im Besonderen den absoluten Vorrang des Ziels der Preisstabilität, die Unabhängigkeit des Systems Europäischer Zentralbanken von politischen Weisungen, das Verbot der Finanzierung von Defiziten der öffentlichen Hand durch die Notenpresse und die dem Ziel der internen Preisstabilität untergeordnete Wechselkurspolitik gegenüber Drittländern hervor. „Wenn ich in Anbetracht dieser wichtigen Festlegungen die Haltung der Bundesbank zu den Verträgen noch einmal umschreiben sollte, so würde ich sagen, dass aus unserer Sicht durch die Verträge und Protokolle heute die wesentlichen institutionellen Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind, dass eine Wirtschafts- und Währungsunion mit denjenigen Ländern Bestand haben kann, die sich für eine Teilnahme qualifizieren“, erklärte Schlesinger. Die diesbezüglichen stabilitäts-, zins-, wechselkurs- und finanzpolitischen Kriterien dürfen seiner Ansicht nach aber unter keinen Umständen aufgeweicht werden.⁴³

Konvergenz heißt das Schlüsselwort für die EWWU gemäß Maastricht. Die Voraussetzungen dazu erscheinen aber derzeit als keineswegs überzeugend. Sie können durch zinspolitische Mittel allein gewiss nicht herbeigeführt werden. Nötig ist, wie Schlesinger erkennt, ein entsprechendes „wirtschaftspolitisches Umfeld“, zu dem wesentlich die Finanz-, die Lohn- und die Sozialpolitik gehören. Wann und durch wen die Bedingungen erfüllbar sein werden, hängt beileibe nicht nur vom Maastrichter Zeitplan ab.⁴⁴

⁴² Frankreich wechselte Mitte der 1980er Jahre die Wirtschaftspolitik in Richtung einer Stabilitätspolitik, des sogenannten „Franc Fort“. Der Franc wurde stabiler, kam jedoch während der EWS-Krisen erneut stärker unter Druck, da die deutsche und die französische Geldpolitik vor unterschiedlichen Herausforderungen standen.

⁴³ Schlesinger (1992a).

⁴⁴ Schlesinger (1992b).

Wichtig ist es ihm, darauf hinzuweisen, dass es die Stabilität der Kaufkraft des Geldes ist, die das Ziel der Geldpolitik darstellt und als wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren eines Europäischen Zentralbanksystems gilt. Die Vorschläge der EU-Behörden, neben der Preisstabilität zusätzliche Ziele für die geplante Europäische Zentralbank vorzugeben, führt nach seiner Meinung dazu, ihre Unabhängigkeit in Frage zu stellen. Dabei warnt er insbesondere vor einem Verfall der Haushaltsdisziplin einzelner Länder, da in einer Währungsunion die Bestrafung von Budgetdefiziten via Zinsdifferenzen und Abwertungen ausbleiben.

Sicherlich finde die Geldpolitik nicht in einem politischen Vakuum statt; die Entscheidungsträger hätten wirtschaftspolitische Zielsetzungen wie Wachstum, Beschäftigung und Wechselkurse in Rechnung zu stellen. Es müsse aber klar sein, dass dies Ziele seien, für die eine Zentralbank nicht die geeigneten Instrumente habe. Daher müsse sichergestellt werden, dass eine stabilitätsorientierte Politik der Zentralbank nicht durch Wechselkursentscheidungen von Regierungen und EG-Körperschaften gefährdet werde.

Die Begrenzung der Staatsverschuldung, wie im Maastricht-Vertrag von 1992 und im Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1995, entscheidend auch auf Druck der Deutschen Bundesbank festgeschrieben, war ihm ein großes Anliegen. Die Überwachung und kritische Kommentierung der Fiskalkriterien waren ihm nach seinem altersbedingten Ausscheiden aus der Bundesbank nicht mehr möglich.

Schlesinger lehnte die Errichtung einer Europäischen Zentralbank schon zu Beginn der zweiten Stufe der Währungsunion am 1. Januar 1994 wegen noch unzureichender Voraussetzungen ab. Wie lange diese zweite Stufe dauere, bezeichnete er als „offene Frage“. Nach Einschätzung des Notenbankchefs werde es voraussichtlich erst 1996 so weit sein. So dürfe der selbst geschaffene Zeitdruck nicht zu einer Aufweichung der Beitrittskriterien führen.

*“Interest rates have lost their steering function and financial stability risks have increased”.*⁴⁵

Umstrittene Geldpolitik – ein Memorandum

In der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ging es nach ihrer Gründung von 1999 bis 2007 relativ ruhig zu, obwohl sich schon Spannungen auftaten. Insbesondere die fortwährende Verletzung der Kriterien für die Begrenzung der Staatsschulden, auch durch die deutsche Regierung, war ein denkbar schlechter Vorbote für die Euro-Staatschuldenkrise ab 2009. Zwei Jahre zuvor wurde auch Europa von den Turbulenzen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 erfasst

Es ist Anfang Oktober 2019. Die EZB hat den Pfad der Tugend in den Augen vieler Beobachter mit ihrer seit 2008 anhaltend expansiven Geldpolitik, den beispiellosen monetären Rettungsaktionen in der Euro-Staatschuldenkrise und dem Beginn des Programms des „Quantitative Easing“ längst verlassen. Lange haben einige renommierte ehemalige Notenbanker eher stillgehalten, doch jetzt ist ihnen der Kragen offenbar geplatzt. In einem gemeinsamen Memorandum üben sie scharfe Kritik an der fortdauernd ultraexpansiven Geldpolitik der EZB. Im Kern werfen sie EZB-Präsident Mario Draghi und den Mitgliedern des EZB-Rates vor, die Grenze zur monetären Staatsfinanzierung, die nach den EU-Verträgen strikt verboten ist, überschritten zu haben. Sie fordern gemeinsam, dass diese verfehlte Geldpolitik gestoppt wird, und sie warnen vor der Wiederaufnahme der Anleihekäufe, den negativen Nebeneffekten einer solchen Geldpolitik und vor einem symmetrischen Inflationsziel. Zu den Kritikern gehören so prominente Zentralbanker wie Hervé Hannoun, Otmar Issing, Klaus Liebscher, Helmut Schlesinger, Jürgen Stark, Nout Wellink sowie Jacques de Larosière und Christian Noyer.

Es mag gut sein, dass über die Angemessenheit der herrschenden Geldpolitik offen diskutiert wird. Das Austragen von Differenzen kann auch eine heilende Wirkung entfalten. Es besteht aber die Gefahr, dass der offene Streit der Glaubwürdigkeit und der Unabhängigkeit der EZB abträglich ist. Wie groß muss die verfehlte Geldpolitik in den

⁴⁵ Hannoun, Issing, Liebscher, Schlesinger, Stark, and Wellink (2019).

Augen der Memorandum-Unterzeichner sein, diesen Schritt gleichwohl zu gehen! So endet Mario Draghis Amtszeit am 31. Oktober 2019 in Unfrieden.⁴⁶

⁴⁶ Rasch (2019).

*„Als Politiker war mir die
Unabhängigkeit der Bundesbank nicht selten ein Dorn im Auge.
Als deutscher Bürger bin ich froh darum,
dass wir eine unabhängige Notenbank haben“.*

Helmut Kohl⁴⁷

Einige Schlussbemerkungen

Otmar Issing, langjähriges Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank und auch der Europäischen Zentralbank, gab während seiner Rede am 28. April 2006 in Würzburg folgende Geschichte zum Besten: „Beim gemeinsamen Mittagessen mit dem damaligen Vizepräsidenten der Europäischen Zentralbank, Christian Noyer, kamen wir auf den Zweiten Weltkrieg zu sprechen. Dabei stellte sich heraus: Zur gleichen Zeit, als sich sein Vater in deutscher Kriegsgefangenschaft befand, war mein Vater Soldat in der deutschen Besatzungsarmee in Frankreich. Etwas mehr als 50 Jahre später arbeiteten nun deren Söhne zusammen, um einem europäischen Projekt, dem Euro, zum Erfolg zu verhelfen.“⁴⁸

„Am Anfang der europäischen Einigung“, erklärte Helmut Schlesinger einmal vor wenigen Jahren, habe „ja noch ein ganz anderer Gedanke im Vordergrund gestanden – nämlich nie wieder Krieg in Europa.“ Schlesinger war 15 Jahre alt, als der Krieg ausbrach. Nach dem Schulabschluss an der Oberschule in Augsburg musste er ab 1943 Kriegsdienst als Gebirgsjäger ableisten. Danach absolvierte er in einer Rekordzeit von nur drei Jahren sein Diplom-Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München, wo er 1951 auch seine Dissertation zum Thema „Wirtschaftlichkeitskontrolle in der öffentlichen Verwaltung“ ablegte.

„Nie wieder Krieg in Europa“, ist sein größter Wunsch.

⁴⁷ Helmut Kohl. Zitiert nach O. Issing (2022), S.44.

⁴⁸ Otmar Issing (2006).

Helmut Schlesinger, Otmar Issing und Christian Noyer gehören zu den Unterzeichnern des Memorandums zur aktuellen Geldpolitik. Allen gemeinsam sind ihnen die Erfahrungen während des Zweiten Weltkriegs, die entbehrungsreichen Jahre danach und schließlich die Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft mit dem Élysée-Vertrag im Jahr 1963. Deutschland und Frankreich gelten heute immer noch als Motor der EWWU und auch der Europäischen Union.

Trotzdem ist wieder Krieg in Europa. Die Kosten des Krieges in der Ukraine erscheinen schon jetzt enorm - für beide Seiten. Die Zahl der Opfer kann nicht genau beziffert werden, da beide Seiten ihre eigenen Verluste herunterspielen und die des Gegners übertreiben. Aber dieser Konflikt ist sicherlich einer der blutigsten in der jüngeren Geschichte Europas. Die Schätzungen der Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg schwanken zwischen 400 Milliarden und 1 Billion US-Dollar. Es wird erwartet, dass der Westen den Löwenanteil der Wiederaufbaukosten tragen wird.

Aufgrund der „neuen Bedrohungslage“ schnellen auch die weltweiten Verteidigungsausgaben in die Höhe. Die Vorteile aus den höheren Gas- und Waffenverkäufen beschränken sich allerdings nur auf wenige Energie- und Waffenproduzenten, während die Mehrheit der Bevölkerung in den meisten Staaten durch hohe Kaufkraftverluste und eine stark zunehmende Staatsverschuldung enorm belastet wird.

Heute wird durch die kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit Vieles wieder in Frage gestellt. Nationalistische Tendenzen gewinnen mehr und mehr die Oberhand. Die internationale Arbeitsteilung steht derzeit übermäßig unter Druck: Jobs sollen wieder nach Hause geholt werden. Es gilt aus strategischer Sicht, die Abhängigkeit von anderen Ländern abzubauen. Nationale Regierungen möchten so viele politische Freiräume wie möglich, die Frage nach der Souveränität hat an Bedeutung gewonnen. Lieferketten und die Verantwortung der Unternehmen dafür geraten ins Visier von Politik und Zivilgesellschaft. Offene Grenzen und ihre Vorteile haben keine Lobby mehr; freier Welthandel und Multilateralismus als Wohlfahrtsquelle sind mehr denn je gefährdet.

Es zeugt von Helmut Schlesingers Weitsicht, dass er die Weltwirtschaftspolitik der Nachkriegszeit als ein Musterbeispiel für den Versuch ansieht, Interessenkonflikte durch eine institutionalisierte Zusammenarbeit und nicht durch wirtschaftspolitischen Nationalismus wie in den 1930er Jahren zu bewältigen. Die zu diesem Zweck von den westlichen Staaten geschaffenen Institutionen – IWF, Weltbank, OECD und GATT/WTO – ermöglichten so erst den Aufbau weltwirtschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage einer freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ordnung.

Am 4. September 2024 wird Helmut Schlesinger 100 Jahre alt. In der Bevölkerung hoch geachtet, wurde Helmut Schlesinger oft als die „Seele der Bundesbank“ bezeichnet.⁴⁹ Auf die vor einigen Jahren an ihn gestellte Frage, ob er 100 Jahre alt werden möchte, sagte er: „Ich kann dem lieben Gott kein Ziel nennen. Ich habe in der Bundesbank ein Geldmengenziel eingeführt, das war schon schwer genug.“

Nun hat er dieses biblische Alter erreicht. Dies verdankt er seiner guten Gesundheit - trotz der unermüdlichen und jahrzehntelangen Tätigkeit in der Bank, in der er einen großen Mitarbeiterstab souverän führte und unzählige Arbeitssitzungen gestaltete und leitete. Dazu trug sicher auch seine Passion für den Sport bei. Das Wandern in der Bergen liebte er besonders. In der Bank überwand er jeden Tag zu Fuß die zwölf Stockwerke bis in sein Büro. Seine Anforderungen an jeden Einzelnen waren hoch. Er wurde von uns Mitarbeitern sehr geschätzt - nicht zuletzt durch sein großes Arbeitsethos und seine unermüdliche Schaffenskraft. Hinzu kamen Beständigkeit und Gradlinigkeit sowie Prinzipientreue.

Hierzu zum Schluss noch eine Anekdote von einem angeblichen Erlebnis mit der Religiosität eines nepalesischen Sherpas.⁵⁰ Schlesinger, der leidenschaftliche Bergsteiger, war im Himalaya unterwegs. Auf die Frage seines Lastenträgers nach der deutschen Übersetzung für die lamaistische Segensformel „om mani padme hum“ kam die Antwort prompt: „Man muss die Geldmenge knapphalten.“ Wie dieser Sherpa bezeugt, hat Helmut Schlesinger also auch in der Einsamkeit der Berge nie sein geldpolitisches Credo vergessen.

⁴⁹ Conolly (1995), S. 108.

⁵⁰ Herzog (1995).

Literatur

- Bank deutscher Länder (1949): Das gegenwärtige Volkseinkommen und die Sparfähigkeit, in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April, S.31-40.
- Bartels, Hildegard (1992): Aus den Anfängen der westdeutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Krieg. Gespräch von Hildegard Bartels mit Utz-Peter Reich und Heinrich Lützel (überarbeitet von Hildegard Bartels und Carsten Stahmer im Juli 2008). In: Klaus Voy (2008), Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 4, Zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach 1945, S. 510.
- Bockelmann, Horst (1989): Haupt- und Nebensachen—der Kurswechsel in der Geldpolitik der Bundesbank 1973/74, in: Norbert Bub, Dieter Duwendag und Rudolf Richter (Hrsg.): Geldwertstabilität und Wirtschaftsstabilität. Festschrift für Helmut Schlesinger, Frankfurt am Main, S. 191-202.
- Bombach, G. u.a. (Hrsg.) (1976): Der Keynesianismus I; Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik.
- Bork, Christhart (2009): Nationalbudget und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen im Spannungsfeld der Wirtschaftspolitik, in: Klaus Voy (Hg.), Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 4, Zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Metropolis, Marburg.
- Cecchetti, Stephen G. et al (2012): Interpreting TARGET2 balances; BIS Working Papers No 393.
- Conolly, Bernard (1995): The Rotten Heart of Europe – The Dirty War for Europe’s Money, London, Boston.
- Cukierman, Alex (2003): Central Bank Strategy, Credibility, and Independence, The MIT Press.
- Deutsche Bundesbank (1990): Die Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik. In: Monatsberichte Juli, S.24-29.
- Deutsche Bundesbank (2012): 55 Jahre Stabilität, Interview mit Jens Weidmann und Helmut Schlesinger, Mitarbeiterzeitung der Bundesbank, 27. Juli.
- Eijffinger, S. und E. Schaling (1993): Central Bank Independence: Theory and Evidence, Discussion paper No. 9325, Tilburg 1993, S. 13-21.

- Fürst, Gerhard und Hildegard Bartels (1949): Social Accounts and Calculation of National Income in Germany (Bizonal Area), Paper for the Meeting of the International Association for Research in Income and Wealth in Cambridge, August 27 - September 2. In: Klaus Voy (2008), Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 4, Zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach 1945, S.527-529.
- Goldsmith, Raymond W. (1974): The National Balance Sheet of Germany 1850-1972. Manuskript, 5. November.
- Goodman, J. B. (1992): Monetary Sovereignty. The Politics of Central Banking in Western Europe. Ithaca and London: Cornell University Press.
- Hagen von, Jürgen (1998): Geldpolitik auf neuen Wegen (1971-1978). In: Fünfzig Jahre Deutsche Mark; Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948. Herausgegeben von der Deutschen Bundesbank.
- Hampe, Peter und Jürgen Weber (Hg.) (1999): 50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft: Eine Erfolgsstory vor dem Ende? Olzog, München
- Hannoun, H., Issing, O. Liebscher, K., Schlesinger, H., Stark, J. and Wellink, N. (2019): Memorandum on the ECB's Monetary Policy; judgement shared by J. de Larosière and C. Noyer, 4 October.
- Heinelt, Peter (1979): Zukünftige Publikationsform der Ergebnisse aus dem Gebiet der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, Vermerk, 27. Juli.
- Herzog, Roman (1995): Erfolgreiches Engagement für Stabilität und Solidität – Ansprache des Bundespräsidenten anlässlich eines Empfangs zum 70. Geburtstag von Bundesbankpräsident a. D. Helmut Schlesinger und zum 65. Geburtstag von Bundesbankpräsident a. D. Karl Otto Pöhl im Schloss Bellevue, Berlin, 16. Februar.
- Irmeler, Heinrich (1989): Deutsche Geldpolitik bei festen und flexiblen Wechselkursen; in: Norbert Bub, Dieter Duwendag und Rudolf Richter (Hrsg.), Geldwertsicherung und Wirtschaftsstabilität, Festschrift für Helmut Schlesinger zum 65. Geburtstag.
- Issing, Otmar (2006): Von der Universität zur Notenbank – Marginalien zum Verhältnis von Theorie und Praxis, Würzburg 28. April.
<https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2006/html/sp060428.de.html>
- Issing, Otmar (2019): Unabhängigkeit der Notenbank - Garantie für stabiles Geld?; in: Theodor Baums u.a. (Hrsg.): Zentralbanken, Währungsunion und stabiles Finanzsystem; Festschrift für Helmut Siekmann, S. 129-137.

- Issing, Otmar (2022): Währungsidentitäten und -kulturen im Kontext europäischer und globaler Krisen. In: Michael Gehler /Sanne Ziethen (Hg.), Hildesheimer Europastudien VI, Georg Olms Verlag und Universitätsverlag Hildesheim.
- Jahnke, Wilfried (1983): Geldpolitische Instrumente und monetärer Transmissionsprozeß im Bundesbankmodell, S. 9-37. In: Werner Ehrlicher und Rudolf Richter (Hg.), Geld- und Währungsordnung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Duncker & Humblot, Berlin.
- Marsh, David (1992): The Bundesbank: the bank that rules Europe, Heinemann, London.
- Marshall, Matt (1999): Die Bank – Die Europäische Zentralbank und der Aufstieg Europas zur führenden Wirtschaftsmacht, München.
- Neumann, Manfred J.M. (1998): Geldwertstabilität: Bedrohung und Bewährung, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark, München, S. 309-346.
- Rasch, Michael (2019): Umstrittene Geldpolitik der EZB, Neue Zürcher Zeitung, 4. Oktober.
- Reuter (1990): Schlesinger bekräftigt Bundesbankvorschläge, Frankfurt am Main, 5. April.
- Reuter/dpa (1991): Die Preisstabilität als oberstes Ziel, Rede von Helmut Schlesinger auf dem Europäischen Bankentag in Frankfurt, 27. September.
- Schäfer, Stefan (2014): Sollten Zentralbanken unabhängig sein? Neue Diskussionen über ein altes Dogma, Wirtschaftsdienst 94, Heft 1, S. 69-75.
- Schäfer, Stefan (2018): Die Entstehung und Entwicklung des Begriffs (deutsche) Stabilitätskultur, Sprachreport – Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache, Jg. 34, Nr. 1, S. 28-35.
- Schlesinger, Helmut (1961a): The Work of the Deutsche Bundesbank in the field of national accounts, in: National Accounting Practice in the German Federal Republic, International Association for Research in Income and Wealth, Seventh General Conference, Tutzing, Germany 3-10 August.
- Schlesinger, Helmut (1961b): Die Arbeiten der Deutschen Bundesbank auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Verwendung der Ergebnisse für die Währungs- und Kreditpolitik, in: Konjunkturpolitik, 7. Jg., S. 270-277.

- Schlesinger, Helmut (1962): Was kann die quantitative Wirtschaftsforschung als Wirtschaftsstatistik und Ökonometrie zur Konjunkturdiagnose beitragen? In: Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F., Bd.25, Berlin, S. 127-146.
- Schlesinger, Helmut (1967): Flow of Funds Conference – Bericht, Sydney, 4.-11. Juli.
- Schlesinger, Helmut (1967): Wert und Grenzen gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 51, S. 401-416.
- Schlesinger, Helmut (1968): La portée du programme allemand de relance économique de 1967 et ses résultats, in: La Banque dans le Monde, L'Écho de la Bourse, Brüssel, 20. Juni, S. 58-60
- Schlesinger, Helmut (1969): Die Finanzierung von Infrastruktur-Investitionen als öffentliche Aufgabe, in: Der Langfristige Kredit, 20. Jg., H. 21/22, S. 615-618.
- Schlesinger, Helmut (1971): Geldvermögen und Geldschulden von privaten Haushalten sowie Unternehmen in der Gesamtwirtschaft, Vermerk zur Jahreshauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft, 30. September.
- Schlesinger, Helmut (1972): Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung und monetäre Analyse, in: G. Bombach (Hrsg.), Studien zur Geldtheorie und monetäre Ökonometrie, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F. Bd. 66, Berlin, S. 199-220.
- Schlesinger, Helmut (1972): Geldvermögen und Geldschulden von privaten und öffentlichen Haushalten sowie Unternehmen in der Gesamtwirtschaft, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 56, S. 50-82.
- Schlesinger, Helmut (1985): Zehn Jahre Geldpolitik mit einem Geldmengenziel, in: Gebauer, Wolfgang (Hg.): Öffentliche Finanzen und monetäre Ökonomie, Frankfurt am Main, S. 123-148.
- Schlesinger, Helmut (1990a): Monetäre und politische Union eng verknüpft, Vortrag auf der IDEA-Tagung London, 29. September
- Schlesinger, Helmut (1990b): Monetäre Konfliktfelder der Weltwirtschaft, Rede auf der Jahreskonferenz des Vereins für Socialpolitik in Würzburg, 5. Oktober.
- Schlesinger, Helmut (1992a): Die EG-Währungsunion aus der Sicht Frankfurts, Vortrag an der Universität Zürich, 30. Juni.
- Schlesinger, Helmut (1992b): Rede auf dem Deutschen Bankentag, Frankfurt am Main, 23. November.

- Schlesinger, Helmut (1993): Zielkonflikte der Geldpolitik, Vortrag an der Hochschule St. Gallen, 17. Dezember.
- Schlesinger, Helmut (1999): Plädoyer für eine unabhängige Notenbank. In: 50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft: Eine Erfolgsstory vor dem Ende? Peter Hampe und Jürgen Weber (Hg.), S. 179-191, Olzog, München.
- Schlesinger, Helmut (2011): Die Zahlungsbilanz sagt es uns. In: Hans-Werner Sinn, Die europäische Zahlungsbilanzkrise, ifo Schnelldienst 64, Nr. 16, Sonderheft, S. 9–11. <https://www.ifo.de/DocDL/SD-16-2011.pdf>
- Schlesinger, Helmut und Peter Heinelt (1970): Das Bundesbankprojekt einer Bestandsrechnung finanzieller Vermögenswerte, Vermerk der Deutschen Bundesbank. 18. Dezember.
- Schlesinger, Helmut, Manfred Weber und Gerhard Ziebarth (1993): Staatsverschuldung--ohne Ende? Zur Rationalität und Problematik des öffentlichen Kredits, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt.
- Schmidt, Thilo (2014): Kommt die D-Mark, bleiben wir...“, Deutschlandfunk Kultur, 18. August. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/deutsche-rufe-7-8-kommt-die-d-mark-bleiben-wir-100.html>
- Scholtes, B. (2020): Die Bundesbank und ihr Verhältnis zur EZB, Archiv Deutschlandfunk.
- Sinn, Hans-Werner (2015): Der Euro – Von der Friedensidee zum Zankapfel, 1. Auflage, München.
- Stöß, Elmar (2009): Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank, in: Klaus Voy (Hg.), Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Band 4, Zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Metropolis, Marburg.
- Weidmann, Jens (2022): Rede anlässlich des Wechsels in der Leitung der Deutschen Bundesbank, 11. Januar. <https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/rede-an-laesslich-des-wechsels-in-der-leitung-der-deutschen-bundesbank-883320>
- Woll, Artur (1989): Geldwertsicherung als Leitidee des Bundesbankgesetzes; in: Norbert Bub, Dieter Duwendag und Rudolf Richter (Hrsg): Geldwertsicherung und Wirtschaftsstabilität; Festschrift für Helmut Schlesinger zum 65. Geburtstag.

IMFS WORKING PAPER SERIES

Recent Issues

207 / 2024	Alexander Meyer-Gohde	Solving and analyzing DSGE models in the frequency domain
206 / 2024	Jochen Güntner Magnus Reif Maik Wolters	Sudden Stop: Supply and Demand Shocks in the German Natural Gas Market
205 / 2024	Alina Tänzler	Multivariate Macroeconomic Forecasting: From DSGE and BVAR to Artificial Neural Networks
204 / 2024	Alina Tänzler	The Effectiveness of Central Bank Purchases of long-term Treasury Securities: A Neural Network Approach
203 / 2024	Gerhard Rösl	A present value concept for measuring welfare
202 / 2024	Reimund Mink Karl-Heinz Tödter	Staatsverschuldung und Schuldenbremse
201 / 2024	Balint Tatar Volker Wieland	Taylor Rules and the Inflation Surge: The Case of the Fed
200 / 2024	Athanasios Orphanides	Enhancing resilience with natural growth targeting
199 / 2024	Thomas Jost Reimund Mink	Central Bank Losses and Commercial Bank Profits – Unexpected and Unfair?
198 / 2024	Lion Fischer Marc Steffen Rapp Johannes Zahner	Central banks sowing the seeds for a green financial sector? NGFS membership and market reactions
197 / 2023	Tiziana Assenza Alberto Cardaci Michael Haliassos	Consumption and Account Balances in Crises: Have We Neglected Cognitive Load?
196 / 2023	Tobias Berg Rainer Haselmann Thomas Kick Sebastian Schreiber	Unintended Consequences of QE: Real Estate Prices and Financial Stability
195 / 2023	Johannes Huber Alexander Meyer-Gohde Johanna Saecker	Solving Linear DSGE Models With Structure Preserving Doubling Methods
194 / 2023	Martin Baumgärtner Johannes Zahner	Whatever it takes to understand a central banker – Embedding their words using neural networks
193 / 2023	Alexander Meyer-Gohde	Numerical Stability Analysis of Linear DSGE Models – Backward Errors,

Forward Errors and Condition Numbers

192 / 2023	Otmar Issing	On the importance of Central Bank Watchers
191 / 2023	Anh H. Le	Climate Change and Carbon Policy: A Story of Optimal Green Macroprudential and Capital Flow Management
190 / 2023	Athanasios Orphanides	The Forward Guidance Trap
189 / 2023	Alexander Meyer-Gohde Mary Tzaawa-Krenzler	Sticky information and the Taylor principle
188 / 2023	Daniel Stempel Johannes Zahner	Whose Inflation Rates Matter Most? A DSGE Model and Machine Learning Approach to Monetary Policy in the Euro Area
187 / 2023	Alexander Dück Anh H. Le	Transition Risk Uncertainty and Robust Optimal Monetary Policy
186 / 2023	Gerhard Rösl Franz Seitz	Uncertainty, Politics, and Crises: The Case for Cash
185 / 2023	Andrea Gubitz Karl-Heinz Tödter Gerhard Ziebarth	Zum Problem inflationsbedingter Liquiditätsrestriktionen bei der Immobilienfinanzierung
184 / 2023	Moritz Grebe Sinem Kandemir Peter Tillmann	Uncertainty about the War in Ukraine: Measurement and Effects on the German Business Cycle
183 / 2023	Balint Tatar	Has the Reaction Function of the European Central Bank Changed Over Time?
182 / 2023	Alexander Meyer-Gohde	Solving Linear DSGE Models with Bernoulli Iterations
181 / 2023	Brian Fabo Martina Jančoková Elisabeth Kempf Luboš Pástor	Fifty Shades of QE: Robust Evidence
180 / 2023	Alexander Dück Fabio Verona	Monetary policy rules: model uncertainty meets design limits
179 / 2023	Josefine Quast Maik Wolters	The Federal Reserve's Output Gap: The Unreliability of Real-Time Reliability Tests
178 / 2023	David Finck Peter Tillmann	The Macroeconomic Effects of Global Supply Chain Disruptions